

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 13. Januar 1982
am Donnerstag, dem 14. Januar 1982

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Frau Dr. Adam-Schwaetzer (FDP)	63
Bamberg (SPD)	86, 87
Frau Benedix-Engler (CDU/CSU)	104, 105
Böhm (Melsungen) (CDU/CSU)	72, 73
Broll (CDU/CSU)	68, 69
Bühling (SPD)	56, 57
Dr. Bugl (CDU/CSU)	58
Catenhusen (SPD)	36, 37
Clemens (CDU/CSU)	1, 2
Collet (SPD)	14, 15
Conradi (SPD)	27, 28
Dr. Czaja (CDU/CSU)	51, 52
Daweke (CDU/CSU)	106, 107
Dr. Diederich (Berlin) (SPD)	22, 23
Eigen (CDU/CSU)	88, 89
Dr. Enders (SPD)	94, 95
Engelsberger (CDU/CSU)	54, 55
Erhard (Bad Schwalbach) (CDU/CSU)	61, 62
Dr. Feldmann (FDP)	12, 13
Dr. Friedmann (CDU/CSU)	18, 19
Frau Geiger (CDU/CSU)	78, 79
Dr. von Geldern (CDU/CSU)	20, 21
Grobecker (SPD)	34, 35
Hansen (fraktionslos)	41, 42
Dr. Hennig (CDU/CSU)	48, 102
Herberholz (SPD)	29, 103
Heyenn (SPD)	100, 101
Hinsken (CDU/CSU)	92, 93
Dr. Hirsch (FDP)	70, 71

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Hupka (CDU/CSU)	3, 45
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	5, 44
Dr. Jens (SPD)	83, 84
Dr. Jobst (CDU/CSU)	17, 85
Jung (Kandel) (FDP)	8, 9
Kirschner (SPD)	96, 97
Dr. Kübler (SPD)	32, 33
Dr. Lammert (CDU/CSU)	74, 75
Dr. Laufs (CDU/CSU)	66, 67
Linsmeier (CDU/CSU)	24, 25
Milz (CDU/CSU)	30, 53
Niegel (CDU/CSU)	39, 40
Pauli (SPD)	90, 91
Peter (Kassel) (SPD)	98, 99
Reddemann (CDU/CSU)	38, 108
Repnik (CDU/CSU)	31
Schröder (Hannover) (SPD)	6, 7
Schröder (Wilhelminenhof) (CDU/CSU)	49, 50
Schulze (Berlin) (CDU/CSU)	4
Dr. Sprung (CDU/CSU)	80, 81
Graf Stauffenberg (CDU/CSU)	46, 47
Stiegler (SPD)	64, 65
Topmann (SPD)	16
Dr. Voss (CDU/CSU)	76, 77
Weirich (CDU/CSU)	26, 43
Wiefel (SPD)	59, 60
Wimmer (Neuss) (CDU/CSU)	10, 11
Würtz (SPD)	82

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	7
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	8
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	15
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	17

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß sich seit der letzten Erhöhung der Streitwertgrenze am 1. Januar 1975 der Geldwertverfall verdoppelt hat, wenn sie in ihrer Stellungnahme zum Gesetzentwurf des Bundesrats „zur Erhöhung der Wertgrenzen in der Gerichtsbarkeit“ bei einer Erhöhung der Streitwertgrenze von 3 000 DM auf 6 000 DM von einer Anpassung an die wirtschaftliche Entwicklung spricht?
2. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU) Glaubt die Bundesregierung, daß die Streitwert-erhöhung einen Beitrag zur Entlastung der Gerichte darstellt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

3. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Wie hoch belastet im Durchschnitt ein Parlamentarischer Staatssekretär mit Vorzimmer, Kraftfahrer und Auto den Haushalt, und wie hoch ist die Belastung durch alle Parlamentarischen Staatssekretäre und Staatsminister?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
innerdeutsche Beziehungen**

4. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(CDU/CSU) Treffen Presseberichte zu, nach denen der Staatsratsvorsitzende der DDR, Erich Honecker, bei seinem Treffen mit Bundeskanzler Schmidt am Werbellinsee die Bereitschaft der DDR zur Zurücknahme der erhöhten Zwangsumtauschsätze erklärt haben soll?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

5. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Welche Staaten, die von einer Militärdiktatur beherrscht sind, erhalten von der Bundesregierung wirtschaftliche oder finanzielle Hilfe, und mit welcher Begründung wird in welchen Fällen derartige Hilfe an solche Staaten von der Bundesregierung abgelehnt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

6. Abgeordneter
Schröder
(Hannover)
(SPD) Auf welche Weise entstanden durch Verluste an Möblierungsgerät Schäden in Höhe von insgesamt mehr als 17 000 DM im Kurhaus, im Unterkunftsbereich der Kaserne und auf dem Flugplatz bei der Kommandeurstagung der Bundeswehr vom 1. bis 5. Mai 1979, und aus welchen Haushaltsmitteln wurden diese Schäden beglichen?

7. Abgeordneter
Schröder
(Hannover)
(SPD)
- Gedenkt die Bundesregierung, diese Schäden auf zivilrechtlichem Weg von den Verursachern wieder einzuklagen, oder welche anderen Möglichkeiten sieht sie, die Verursacher zur Rechenschaft zu ziehen?
8. Abgeordneter
Jung
(Kandel)
(FDP)
- Aus welchen Gründen wurde die Fregatte 122 „Rheinland-Pfalz“ — wie von der Presse gemeldet — von der Werft Blohm & Voss mit dreieinhalbmonatiger Verspätung und nur ungenügend ausgerüstet an den Generalunternehmer Bremer Vulkan ausgeliefert, und welche Auswirkungen hat dies auf Kosten und Termine des Fregattenprogramms?
9. Abgeordneter
Jung
(Kandel)
(FDP)
- Sind dem Bundesverteidigungsministerium weitere Verzögerungen bekannt?
10. Abgeordneter
Wimmer
(Neuss)
(CDU/CSU)
- Handelt es sich bei den auf der letzten NATO-Rats- tagung in Brüssel Anfang Dezember 1981 vorgeleg- ten Fabrikaten westlicher Marinetechnik, die an die UdSSR geliefert worden sein sollen, um ent- sprechende Fabrikate aus bundesdeutscher Pro- duktion oder von bundesdeutschen Herstellern?
11. Abgeordneter
Wimmer
(Neuss)
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die bei entspre- chenden Einheiten der nationalen Volksarmee in der „DDR“ vorgenommene Modernisierung atomar- er Raketen in bezug auf Reichweite und Treff- genauigkeit?
12. Abgeordneter
Dr. Feldmann
(FDP)
- In welchem Ausmaß finden Antritts- und Ab- schiedsbesuche der Kommandeure der Kommando- behörden der Bundeswehr im unterstellten bzw. übergeordneten bzw. im zivilen oder NATO-Bereich statt, und welche Kosten werden dadurch verur- sacht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

13. Abgeordneter
Dr. Feldmann
(FDP)
- 13
- Zu welchen Ergebnissen haben die Verhandlungen über die vermuteten Grau- und Schwarzmarkt- aktivitäten der „Singapore Airlines“ zwischen dem Bundesverkehrsministerium und der Republik Singa- pur geführt?
14. Abgeordneter
Collet
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß mehr als 70 v. H. aller Kraftfahrer auf Bundesstraßen und Autobahnen die Geschwindigkeitsbegrenzungen an Baustellen und schwierigen Straßenführungen nicht einhalten, weil sie aus Erfahrung wissen, daß die angegebene Höchstgeschwindigkeit niedriger ist als die Verkehrslage es erfordert, oder weil sie den Eindruck haben, daß man eben die Schilder ver- wendet, die man gerade zur Verfügung hat, so daß als Folge davon der korrekte Kraftfahrer zum Ver- kehrshindernis wird?

- | | |
|---|--|
| 15. Abgeordneter
Collet
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, eine Überprüfung der Verkehrsschilder mit Geschwindigkeitsbegrenzung zu veranlassen, die Geschwindigkeitsbegrenzung nach oben zu verschieben und zum Ausgleich die Übertretungsgebühren und Strafen zu erhöhen? |
| 16. Abgeordneter
Topmann
(SPD) | Ist es richtig, daß Spezialanhänger zur Beförderung von Sportgeräten, wie Transporter für Segelflugzeuge, Boote oder Pferde, weder steuer- noch versicherungspflichtig sind und auch nicht der regelmäßigen TÜV-Überprüfung unterliegen, und wenn ja, hält die Bundesregierung eine derartige Bevorzugung „gehobener“ Sportarten für gerechtfertigt, oder denkt sie daran, diesen Zustand auf gesetzlichem oder Verordnungswege zu ändern? |
| 17. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) | Wie verteilen sich bei der Deutschen Bundesbahn die Betriebskosten auf den Teil des Streckennetzes (39 v. H. der Strecken), auf dem die Bahn 84 v. H. ihrer gesamten Transportleistungen erbringt, einerseits und auf den übrigen Teil (61 v. H. der Strecken mit 16 v. H. der Transportleistungen) andererseits? |
| 18. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) | Ist der Bau einer Bundesbahnschnelltrasse Mannheim — Basel, die im Teilstück Rastatt — Offenburg alleine 1 Milliarde DM kosten soll, noch aktuell, nachdem der finanzielle Spielraum der Deutschen Bundesbahn immer geringer wird? |
| 19. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) | Wie verteilen sich die Straßenbaumittel auf die vier Regierungsbezirke des Landes Baden-Württemberg während der nächsten zehn Jahre, wenn beim Bau von Bundesstraßen die vom Verkehrsausschuß des Bundestages am 9. Dezember 1981 ausgesprochenen Empfehlungen vom Bundesverkehrsminister befolgt werden? |
| 20. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU) | In welchem Umfang sind in den vergangenen Jahren wegen Verschmutzung des Meeres durch Öl und andere Stoffe Straf- und Bußgeldverfahren durchgeführt, und wie oft und in welcher Höhe sind Strafen und Bußgelder verhängt worden? |
| 21. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU) | Wie oft sind 1981 auf Schiffen unter fremder Flagge Mängel hinsichtlich des Schiffes und seiner Besatzung festgestellt worden, und wie hoch ist diese Zahl in bezug auf die Gesamtzahl der deutschen Häfen anlaufenden und von den Behörden kontrollierten Schiffe unter fremder Flagge? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

- | | |
|---|---|
| 22. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD) | Wieviele illegale Radio- bzw. Fernsehsender („Piraten-sender“, die Hörfunk- bzw. Fernsehprogramme verbreiten) gibt es derzeit im Bereich der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West) einschließlich solcher Sender, die außerhalb der Grenzen gezielt auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ausstrahlen, und wie ist die Entwicklung der letzten Jahre? |
|---|---|

23. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD)
- Wie hoch ist die Zahl der von der Fahndung der Deutschen Bundespost entdeckten Stationen, und wieviel Verurteilungen mit welchen Strafen auf Grund des Fernmeldeanlagengesetzes hat es gegeben?
24. Abgeordneter
Linsmeier
(CDU/CSU)
- Welche exakten Termine hat die Bundesregierung für die Aufstellung von „Anschriftenlesern“ vorgesehen, und durch welche Eckdaten lassen sich die Vorteile dieser Anlagen kennzeichnen?
25. Abgeordneter
Linsmeier
(CDU/CSU)
- Hat die Deutsche Bundespost eine Einführungsstrategie, die unter Berücksichtigung der Kosten Grenzen im Selbstwählfernverkehr einerseits und der zunehmenden Relevanz der Zeitdauer andererseits zur Ausweitung der Zeittaktzonen führt, und wie sieht diese Einführungsstrategie gegebenenfalls aus?
26. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen gedenkt die Deutsche Bundespost aus dem Urteil des Verwaltungsgerichts Augsburg, das telephonische Nahbereichszonen für rechtswidrig erklärt hat, für die Gestaltung des künftigen Fernsprechnahbereichs zu ziehen?
27. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Trifft es zu, daß das Referat für Betriebssicherung der Oberpostdirektion (OPD) Frankfurt/Main mit einer „VS-vertraulichen“ Verfügung alle Post- und Fernmeldeämter angewiesen hat, „vor Abschluß eines Arbeitsvertrags alle Bewerbungen zu melden“, die OPD erteilt dann dem einstellenden Amt fernmündlichen Bescheid, und ist damit davon auszugehen, daß bei der Deutschen Bundespost bei Zeitarbeitskräften eine „Regelanfrage“ stattfindet?
28. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Wie erklärt die Bundesregierung Ihre Antworten auf die Fragen des Abgeordneten Dr. Bötsch (CDU/CSU) (Drucksache 9/828, Fragen 51, 52) und auf meine Frage, „Auskünfte bei Sicherheitsbehörden werden bei Zeitarbeitskräften in der Regel nicht eingeholt“ (Stenographischer Bericht über die 73. Sitzung, Anlage 36) im Hinblick auf die oben erwähnte Verfügung der OPD Frankfurt/Main?
29. Abgeordneter
Herberholz
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost davon ausgeht, daß Kabelverbreitungsanlagen wie z. B. in Bad Homburg nur dann rentabel seien, wenn alle Rundfunkteilnehmer in der betreffenden Gemeinde zum Abschluß an die Gemeinschaftskabelanlage durch von der Gemeinde beschlossene Antennenverbote gezwungen würden?
30. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, für eine befristete Zeit angesichts der wirtschaftlichen Notlage der Bevölkerung in Polen und aus humanitären Gründen private Spendenpakete portofrei zu befördern?
31. Abgeordneter
Repnik
(CDU/CSU)
- Wäre die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, wenn die Deutsche Bundespost dem schwedischen Beispiel folgen und Lebensmittelpakete nach Polen für die Dauer des Kriegsrechts kostenlos transportieren würde, auf die Ablieferungspflicht der Deutschen Bundespost an den Bundeshaushalt in Höhe des Gebührenauffalls zu verzichten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

32. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, ob die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK) eine Beteiligung an der Aufarbeitungsanlage in Barnwell im USA-Bundesstaat South Carolina, die zu gleichen Teilen der Allied Corporation und der General Atomic Corp. gehört, anstrebt, und falls ja, in welcher Höhe die DWK eine Beteiligung an der Kapazität der Anlage in Barnwell anstrebt?
33. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Sind dadurch nach Auffassung der Bundesregierung Vorschläge und Untersuchungen der DWK, einen Standort für eine Wiederaufbereitungsanlage als Demonstrationsanlage in Hessen zu finden, überholt, weil damit die kommerzielle Wiederaufbereitung kurz- und mittelfristig ins Ausland, hier in die USA, verlegt werden würde?
34. Abgeordneter
Grobecker
(SPD) Wie hoch ist der Mittelansatz für das Forschungsvorhaben „Darstellung und Analyse disziplinspezifischer und übergreifender Forschungsansätze zur Erfassung arbeitsbedingter psychischer Belastungen und Beanspruchungen“ (Bestandsaufnahme und Analyse von Forschungsansätzen zur Entwicklung von Forschungsansätzen für Feldversuche)?
35. Abgeordneter
Grobecker
(SPD) Kann die Bundesregierung den Sinn und das Ziel dieser Untersuchung erklären?
36. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) Welche Bedingungen und Erwartungen haben Vertreter der Landesregierungen von Baden-Württemberg und Bayern gegenüber der Bundesregierung an ihre Bereitschaft geknüpft, in ihren Bundesländern auf die Energieversorgungsunternehmen für eine finanzielle Unterstützung des Baus des Schnellen Brüters in Kalkar einzuwirken, und wie stellt sich die Bundesregierung zu diesen Bedingungen und Erwartungen?
37. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) Welche Bedingungen und Erwartungen hat das RWE gegenüber der Bundesregierung an die Bereitschaft geknüpft, einen erheblichen Anteil der Mehrkosten des Schnellen Brüters in Kalkar zu übernehmen, und wie stellt sich die Bundesregierung zu diesen Bedingungen und Erwartungen?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

38. Abgeordneter
Reddemann
(CDU/CSU) Wie kann die Bundesregierung erklären, daß der Bundeskanzler gemeinsam mit dem Präsidenten der USA seine „Sorge über den Druck, den die Sowjetunion auf die polnischen Bemühungen um eine Erneuerung ausübt“, ausdrückt und expressis verbis „auf die Verantwortung der Sowjetunion für die Ereignisse in Polen“ hinweist, während der

Sprecher der Bundesregierung, Staatssekretär Becker, bislang unwiderrufen als Auffassung des Bundeskanzlers und seiner Bundesminister wörtlich versicherte, „Wir teilen die Auffassung nicht, daß die Sowjetunion als Anstifter für die Verhängung des Kriegsrechts (in Polen) zu betrachten ist.“?

39. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Warum hat Bundeskanzler Schmidt seinen Regierungssprecher angewiesen, Ende Dezember zu erklären, „Wir teilen die Auffassung nicht, daß die Sowjetunion als Anstifter für die Verhängung des Kriegsrechtes (in Polen) zu betrachten ist.“ und warum hat nunmehr Bundeskanzler Schmidt in etwa eine Woche später am 5. Januar gemeinsam mit Präsident Reagan in dem gemeinsamen Kommuniké folgendes erklärt, „Beide wiesen auf die Verantwortung der Sowjetunion für die Ereignisse in Polen hin und brachten ihre Sorgen über den schwerwiegenden Druck, den die Sowjetunion auf die polnischen Bemühungen um eine Erneuerung ausübt, zum Ausdruck.“?
40. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Welche Meinung ist nunmehr gültig?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

41. Abgeordneter
Hansen
(fraktionslos)
- Trifft es zu, daß Kongreß und Senat der Vereinigten Staaten von Amerika die Ausgabe von 20 Millionen Dollar für eine neue Binärgasfabrik in Pine Bluff, Arkansas, als erste Tranche für ein Vier- bis Sechsmilliarden Dollar Projekt zur Herstellung neuer chemischer Waffen genehmigt haben, die ausschließlich auf dem „potentiellen europäischen Schlachtfeld“ (Senator Hatfield, gleichlautend Senator Hard) gelagert werden sollen?
42. Abgeordneter
Hansen
(fraktionslos)
- Wird die Bundesregierung von den USA verlangen, an den Entscheidungen über Entwicklung, Produktion und Lagerung neuer chemischer Waffen beteiligt zu werden?
43. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, der in der Zeitschrift „NATO REVIEW“ von dem Staatsminister im britischen Außenministerium, Douglas Hurd, geäußerten Empfehlung zu folgen, der Westen müsse im Rahmen der NATO angesichts der Versuche der Sowjetunion und der Staaten der Dritten Welt, über die UNO eine „neue Weltinformationsordnung“ zu entwickeln, verstärkt eine gemeinsame Strategie erarbeiten?
44. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Aus welchen Staaten, die von einer Militärdiktatur beherrscht sind, hat der Bundesaußenminister in den letzten drei Jahren Regierungsmitglieder empfangen und mit ihnen politische Gespräche geführt, und bei welchen Staaten dieser Art hat der Bundesaußenminister es in diesem Zeitraum abgelehnt, Regierungsmitglieder in Bonn zu empfangen oder mit ihnen Gespräche zu führen?

45. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung von der gegenwärtigen polnischen Militärregierung eine Zusage über die Weitergeltung der Offenhalteklausele des Ausreiseprotokolls von 1975 in seiner Fassung von 1976 erhalten, oder wird sie deswegen bei der polnischen Militärregierung vorstellig werden, damit weiterhin für alle ausreisewilligen Deutschen die Ausreisevisa erteilt werden?
46. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Rechtsauffassung des Auswärtigen Amtes, daß die Friendly-Relations-Erklärung, die es Staaten verbietet, sich in Bürgerkriege anderer Staaten einzumischen, den Staaten auch die Pflicht auferlegt zu verhindern, daß von ihrem Territorium aus Privatpersonen in organisierter Form ausländischen Aufstandsbewegungen Unterstützung — sei es in Form von Waffenlieferungen oder sei es in Form von Geldüberweisungen, die zum Waffenkauf bestimmt sind — leisten, oder bestehen seitens der Bundesregierung Bedenken gegen die zusammenfassende Bewertung durch das Auswärtige Amt, die Bundesrepublik Deutschland sei gegenüber El Salvador verpflichtet, organisierte Sammlungen von Geldbeträgen zum Waffenkauf für die FMLN zu unterbinden?
47. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung — ungeachtet der Gesetzgebungskompetenz der Länder für das Sammlungswesen — der Rechtsauffassung, daß durch die Sammlung der Berliner Tageszeitung „Waffen für Salvador“ oder die Verwendung des Sammlungserlöses Bundesrecht verletzt worden ist, und wie beurteilt die Bundesregierung die Situation, daß völkerrechtliche Normen — trotz Artikel 25 des Grundgesetzes — innerstaatlich nicht berücksichtigt werden?
48. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Welche amerikanischen Staaten haben den Inter-amerikanischen Vertrag über gegenseitigen Beistand (Rio-Pakt) vom 2. September 1947 bisher nicht ratifiziert, und hat die Bundesregierung Kenntnis von der Tatsache, daß die US-Regierung Nicaragua im August 1981 eine auf diesem Rio-Pakt basierende feierliche Nichtangriffserklärung angeboten hat, die von der nicaraguanischen Regierung nicht akzeptiert worden ist?
49. Abgeordneter
Schröder (Wilhelminenhof)
(CDU/CSU)
- Wie erklärt die Bundesregierung die Tatsache, daß die jahrelangen Verhandlungen des Auswärtigen Amtes mit der niederländischen Regierung über den Bau des Dollarthafens immer noch nicht erfolgreich abgeschlossen werden konnte?
50. Abgeordneter
Schröder (Wilhelminenhof)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesminister des Auswärtigen gegebenenfalls bereit, selbst Gespräche mit der niederländischen Regierung über den Dollarthafen zu führen, und damit den Verhandlungen den erforderlichen Nachdruck zu verleihen, damit endlich die für die wirtschaftliche Entwicklung Ostfrieslands notwendige Entscheidung getroffen werden kann?

51. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Unterstaatssekretärs für Wirtschafts- und Handelsangelegenheiten im amerikanischen Außenministerium, Robert D. Hormats, in seinem Vortrag vom 16. Dezember 1981, daß die amerikanisch-europäischen Wirtschaftsbeziehungen heute in einer ernsteren Spannung seien als in den vergangenen dreißig Jahren (Vgl. Amerikadienst vom 30. Dezember 1981, Seite 11)?
52. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der von Präsident Reagan in seiner Fernsehansprache vom 23. Dezember 1981 bekanntgegebenen Tatsache, daß die Proklamation für das in Polen im Dezember verhängte Kriegerrecht bereits im September in der Sowjetunion gedruckt wurde?
53. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Art und Umfang der Kreditgewährung und die wirtschaftlichen Verpflichtungen gegenüber der Volksrepublik Polen u. a. Ursachen dafür sind, daß sich die Bundesregierung jetzt in ihrer Haltung zur Lage in Polen im Gegensatz zu allen führenden westeuropäischen Staaten und der USA so zurückhaltend verhält und nach Pressekommentaren eine sogenannte Politik der Leisetreterei vertritt?
54. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Auf Grund welcher Erkenntnisse ist die Bundesregierung zu der von den USA und anderen Nato-Ländern abweichenden Ansicht gelangt, daß Moskau in Polen bei der Verhängung des Kriegerrechts keinen Einfluß genommen habe, und wie ist diese ursprüngliche Bewertung der Vorgänge wiederum mit der Äußerung von Bundesaußenminister Genscher in Einklang zu bringen, daß die Sowjetunion für die Vorgänge in Polen Verantwortung trage?
55. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Muß aus der Aussage von Bundeskanzler Schmidt, in Jalta sei Europa in Einflußsphären geteilt worden und jede Veränderung der bestehenden Machtverhältnisse müßte Krieg bedeuten, der Schluß gezogen werden, daß nach Ansicht des deutschen Regierungschefs die ohne Mitwirkung der osteuropäischen Völker zustandegekommene Einbeziehung in den kommunistischen Machtbereich erhalten bleiben und für die 17 Millionen Deutschen in der DDR das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes keine Gültigkeit mehr haben solle, während andererseits der französische Staatspräsident Mitterrand in seiner Neujahrsrede den Wunsch geäußert hat, den Vertrag von Jalta und die sich daraus ergebende Teilung Europas zu überwinden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

56. Abgeordneter
Bühling
(SPD)
- Wie viele Bürger polnischer Staatsangehörigkeit sind im Jahr 1981 in die Bundesrepublik Deutschland (einschließlich Berlin-West) eingereist?
57. Abgeordneter
Bühling
(SPD)
- Wie viele polnische Staatsbürger haben im Jahr 1981 bisher erklärt, daß sie auf Dauer in der Bundesrepublik Deutschland verbleiben wollen?

58. Abgeordneter
Dr. Bugl
(CDU/CSU)
- Wie stellt sich die Bundesregierung zu dem Vorwurf des Zentralverbands der Elektrotechnischen Industrie (ZVEI), daß der Verordnungsentwurf gem. Bundesratsdrucksache 467/81 nach seiner Auffassung nicht zu der angestrebten Beschleunigung des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens, sondern im Gegenteil zu vermehrter Rechtsunsicherheit und daher vermutlich zu einer steigenden Anzahl gerichtlicher Genehmigungsverfahren führt?
59. Abgeordneter
Wiefel
(SPD)
- Entsprechen öffentliche Nachrichten der Tatsache, daß das Bundeskriminalamt das Fahndungsfoto des wegen versuchten Mords und Mords dringend verdächtigen KZ-Arztes Mengele aus Datenschutzgründen habe vernichten lassen?
60. Abgeordneter
Wiefel
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, auf Grund der in den letzten Tagen gemachten widersprüchlichen Äußerungen offizieller Stellen mitzuteilen, was ihr über diesen Vorfall bekannt ist?
61. Abgeordneter
Erhard
(Bad Schwalbach)
(CDU/CSU)
- Treffen die Pressemeldungen über die im Bundeskriminalamt vorgenommene Vernichtung eines Fahndungsfotos des gesuchten NS-Arztes Josef Mengele, die verständliche Unruhe ausgelöst haben, zu, und warum ist gegebenenfalls ein solches Foto vernichtet worden?
62. Abgeordneter
Erhard
(Bad Schwalbach)
(CDU/CSU)
- Welche Bemühungen zur Ergreifung von Mengele haben die zuständigen deutschen Stellen in den letzten Jahren unternommen, und wie weit sind sie dabei von ausländischen Stellen unterstützt worden?
63. Abgeordnete
Frau
Dr. Adam-Schwaetzer
(FDP)
- Treffen nach Kenntnis der Bundesregierung Pressemeldungen zu, nach denen die Geburt eines ausländischen Kindes zur Ausweisung der Familie führt, wenn der gemessene Wohnraum zwar für die bestehende Familie oder die alleinstehende Frau, nicht aber für das neugeborene Kind als ausreichend angesehen wird, und wenn ja, wird sich die Bundesregierung gegen solche Praktiken in den Bundesländern wenden, um den grundgesetzlich garantierten Schutz von Ehe und Familie zu sichern und den Tendenzen zum Schwangerschaftsabbruch entgegenzuwirken?
64. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Gibt es eine national koordinierte Erforschung der Zusammenhänge zwischen dem Rauchgasausstoß und dem erschreckend zunehmenden Tannensterben, und welche Projekte fördert in diesem Zusammenhang die Bundesregierung?
65. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, was die Nachrüstung aller mit kohlebefeuelten Großkraftwerke mit Rauchgaswaschanlagen kosten würde und um welchen Betrag der Strompreis steigen würde, wenn diese Kosten in angemessener Frist auf die Stromverbraucher umgelegt würden?

66. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang wird in Großbritannien, Frankreich und der DDR die Rauchgasentschwefelung in Großfeuerungsanlagen geplant und durchgeführt, und was unternimmt die Bundesregierung, um zu bindenden Abmachungen über konkrete emissionsmindernde Maßnahmen zur Herabsetzung der weiträumigen, grenzüberschreitenden Luftverunreinigungen mit den Nachbarstaaten zu gelangen?
67. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Ist das Tannen- und Fichtensterben in Deutschland eine neue Erscheinung, die mit der Übersäuerung der kalkarmen Waldböden in einen ursächlichen Zusammenhang gebracht werden muß, und welche Forschungsvorhaben verfolgt die Bundesregierung zur wissenschaftlichen Klärung von etwa noch offenen Fragen des Wirkungszusammenhangs zwischen saurem Regen und Vegetationsschäden?
68. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung an dem vom Bundesminister des Inneren im Jahr 1974 vertretenen Standpunkt fest, daß bei Arbeitsniederlegungen Beamte auch auf Dienstposten anderer Angehöriger des öffentlichen Dienstes eingesetzt werden können?
69. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU)
- Für wie schwerwiegend hält die Bundesregierung Streiks oder streikähnliches Verhalten von Beamten, und wie muß nach ihrer Meinung das Verhalten von Beamten in diesen Fällen disziplinarisch geahndet werden?
70. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Ist der Bundesregierung bekannt, warum zwischen französischen Vereinigungen für Umweltschutz und der örtlichen Handelskammer sowie der Gewerkschaft der Hafenarbeiter vereinbart wurde, daß der Hafen Cherbourg bis zum 4. Januar 1982 für alle Schiffe gesperrt worden ist, die Atommüll für die Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague an Bord haben, und können derartige Vereinbarungen Auswirkungen auf die Beseitigung von deutschem Atommüll haben?
71. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, ob mit einer Verlängerung dieser Vereinbarung gerechnet werden kann, und welche Folgerungen zieht sie daraus?
72. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- In welchen Fällen und in welcher Höhe hat die Bundesregierung gegenüber der DDR Schadensersatzforderungen für Schäden geltend gemacht, die durch die Sperranlagen oder andere Maßnahmen der DDR hervorgerufen und auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland entstanden sind, z. B. bei den Minenanschwemmungen im Raum Schnackenburg im Jahre 1977 und der Unwetterkatastrophe im Werra-Meißner-Kreis im Juli 1980?
73. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Wie hat die DDR auf diese Schadensersatzforderungen reagiert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

74. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über das Volumen der in den einzelnen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft in den letzten Monaten bereits gewährten bzw. angekündigten Subventionen in der Stahlindustrie vor, und kann sie eine Aussage darüber machen, ob sich die Subventionspraxis seit der Verabschiedung des Stahlsubventionskodex für die Europäische Gemeinschaft im Sinne dieser Regelung geändert hat, insbesondere die an die Vergabe von Subventionen geknüpften Bedingungen erfüllt werden?
75. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Kommission der Europäischen Gemeinschaften Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft eingeleitet hat, die der Stahlindustrie Subventionen gewährt haben, ohne daß die Kommission vorher hiervon unterrichtet worden ist, und um welche Mitgliedstaaten und welche Größenordnung der Subventionen handelt es sich dabei, deren Gewährung von der Kommission beanstandet wird?
76. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU)
- Ist für die weitere Gewährung des zinslosen Überziehungskredits an die „DDR“ in Höhe von 850 Millionen DM bis zum 30. Juni 1982, die anläßlich des Besuchs von Bundeskanzler Schmidt in der „DDR“ erfolgte, die Zustimmung des Zentralbankrats sowie der Deutschen Bundesbank eingeholt worden, und welche Einlassung ist von dort gegeben worden?
77. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU)
- Welche ökonomischen, kommerziellen und politischen Gründe sprechen für die jetzige und eventuelle weitere Verlängerungen des zinslosen Überziehungskredits?
78. Abgeordnete
Frau Geiger
(CDU/CSU)
- Entspricht es den Tatsachen, daß der Bundeswirtschaftsminister im Rahmen der institutionellen Förderung der Verbraucherzentrale Bayern e. V. im Zuwendungsbescheid 1981 mitgeteilt hat, daß ab 1. Januar 1982 neugefaßte Verwaltungsvorschriften zu den §§ 44 und 44 a der Bundeshaushaltsordnung Anwendung finden, und damit von den Verbraucherzentralen nur noch Risiken für Schäden an Personen, Sachen und Vermögen versichert werden können, soweit die Versicherung gesetzlich vorgeschrieben ist?
79. Abgeordnete
Frau Geiger
(CDU/CSU)
- Wenn ja, entspricht es den Tatsachen, daß damit die nicht gesetzlich vorgeschriebenen Versicherungen Feuer, Einbruchdiebstahl, Wasser, Glas, Haftpflicht und vermischte Schadenshaftpflicht (Rechtsberatung) zum nächstmöglichen Termin gekündigt werden müssen, und damit die Verbraucherzentralen dann allen auftretenden Risiken schutzlos gegenüber stehen?

80. Abgeordneter
Dr. Sprung
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, in welcher Höhe die Volksrepublik Polen insgesamt bei Gläubigern in der Bundesrepublik Deutschland verschuldet ist, und welcher Teil dieser Verschuldung ist durch Bundesbürgschaften abgedeckt?
81. Abgeordneter
Dr. Sprung
(CDU/CSU) Gibt es Überlegungen der Bundesregierung, den Betroffenen zu helfen — etwa durch die Möglichkeit steuermindernder Abschreibung der Forderungen bzw. wie stellt sich die Bundesregierung die weitere Behandlung der Problematik vor?
82. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Wie beurteilt der Koordinator beim Bundeswirtschaftsministerium die Chancen der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie für die Zukunft, und muß er — wie im Manager-Magazin Nummer 1/1982 (Einbruch an allen Fronten) dargestellt — um den Zusammenbruch dieses Industriezweigs in der Bundesrepublik Deutschland fürchten?
83. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD) Wird die Bundesregierung bei der anstehenden Prüfung der Fusion zwischen Springer und Burda ihre eigenen Aussagen aus dem Bericht „zur Lage von Presse und Rundfunk in der Bundesrepublik Deutschland“ über die Konzentration auf diesem Markt berücksichtigen, und ist sie gegebenenfalls bereit, bei einem öffentlichen Anhörungsverfahren durch das Bundeswirtschaftsministerium auch die unmittelbaren Konkurrenten, wie Gruner & Jahr bzw. Bertelsmann u. a. m., zu Wort kommen zu lassen?
84. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD) Ist es richtig, daß die Bundesregierung überlegt, die Ministererlaubnis für die angestrebte Unternehmensfusion zwischen Springer und Burda zu erteilen, unter der Bedingung, daß bestimmte marktstarke Zeitungen oder Zeitschriften wie z. B. das Hamburger Abendblatt aus dem neuen Mammutkonzern ausgegliedert und einer neuen, eigenen Verlagsgruppe unterstellt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

85. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung in der Lage, Maßnahmen zu ergreifen, um den flächenweise von großen Schneebruchschäden an ihren Wäldern betroffenen Landwirte in Ost- und Nordbayern zu helfen, und wenn ja, was wird sie tun?
86. Abgeordneter
Bamberg
(SPD) Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Herstellungs- und Verwendungsmöglichkeiten von als „Biosprit“ bezeichneten veresterten Pflanzenölen vor, wie sie im österreichischen Wieselberg gewonnen werden?
87. Abgeordneter
Bamberg
(SPD) Wie weit sind Forschungsversuche (z. B. der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft) gediehen, aus Pflanzen wie z. B. aus Raps Treibstoff zum Betrieb von Verbrennungs-(Diesel-)motoren zu gewinnen?

- | | |
|--|--|
| 88. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) | Welche Gründe haben die Bundesregierung bewogen, im Ministerrat der EG einer differenzierten Förderung der Mutterkuhhalter zuzustimmen? |
| 89. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) | Wird die Bundesregierung die deutschen Landwirte mit Mutterkuhhaltung genauso fördern wie z. B. die französische Regierung dies für ihre Landwirte seit langem durchführt, damit endlich die Wettbewerbsverzerrungen in diesem Bereich beendet werden? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

- | | |
|--|---|
| 90. Abgeordneter
Pauli
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Versorgungsämter unter Hinweis auf die Datenschutzbestimmungen den Wehrbereichsverwaltungen und den Kreiswehersatzämtern keine Angaben über die registrierten Schwerbehinderten liefern, und ist der Bundesregierung bekannt, daß dieser Personenkreis in Unkenntnis der Schwerbehinderung zur Musterung eingeladen wird, obwohl das Wehrpflichtgesetz eine generelle Befreiung vorschreibt? |
| 91. Abgeordneter
Pauli
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß schwerbehinderte und contergangeschädigte Kinder sehr oft von ihren Eltern unter erschwerten Bedingungen zu den Musterungsbehörden gebracht werden müssen, und ist die Bundesregierung bereit, durch Schaffung entsprechender Regelungen die Auskunftspflicht der Versorgungsämter zu erweitern, damit nicht nur ein ungeheurer Verwaltungsaufwand, sondern auch dem betroffenen Personenkreis und dessen Angehörigen Erleichterungen zuteil werden? |
| 92. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß viele – auch neuere – Gebäude des Bundes gegen die Arbeitsstättenverordnung verstoßen, und wie gedenkt die Bundesregierung den Erfordernissen nachzukommen? |
| 93. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, auf dem Verordnungswege Unternehmer bei der Arbeitsstättenverordnung mit genauso großer Nachsicht behandeln zu lassen, wie das für Gebäude des Bundes gehandhabt wird? |
| 94. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD) | Hält es die Bundesregierung für gerechtfertigt, daß die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte auf Grund der nach den neuen Spargesetzen reduzierten Badekuren bereits vorsorglich die Belegung von Kurheimen in Badestädten zum 31. März 1982 gekündigt hat? |
| 95. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD) | Auf welche Weise gedenkt die Bundesregierung, dieser Vernichtung von qualifizierten Arbeitsplätzen zu begegnen und den Inhabern von Kurheimen zu helfen, die sich erst vor kurzer Zeit mit erheblichen Investitionen für die Modernisierung ihrer Häuser und die Einrichtung von Diätküchen finanziell belasten mußten? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Jugend, Familie und Gesundheit**

96. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Kann die Bundesregierung konkrete Beispiele aufzeigen, unter welchen Voraussetzungen die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz höher ausfällt als das Einkommen vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer?
97. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Lebenssituation solcher Arbeitnehmer der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen, und welche Möglichkeiten zur Verbesserung sieht sie?
98. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD) Wie ist die Struktur und Entwicklung des Kreises der Empfänger von laufenden Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt, insbesondere der Mehrbedarfszuschläge?
99. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD) Wie ist Struktur und Entwicklung der Erwerbstätigen, die neben ihrem Erwerbseinkommen Leistungen der Sozialhilfe in Anspruch nehmen oder in Anspruch nehmen können?
100. Abgeordneter
Heyenn
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der den Regelsätzen nach dem Bundessozialhilfegesetz zugrundeliegende Warenkorb, der zuletzt 1971 angepaßt wurde, um mindestens 20 v. H. hinter der tatsächlichen Entwicklung zurückgeblieben ist, und welche Konsequenzen will sie gegebenenfalls daraus ziehen?
101. Abgeordneter
Heyenn
(SPD) Welche Veränderungen im bisherigen Verfahren zur Überprüfung des Warenkorbs strebt die Bundesregierung an, um in Zukunft zu garantieren, daß eine Anpassung an sich verändernde wirtschaftliche Grundlagen in regelmäßigen Abständen erfolgt?
102. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Warum hat die Bundesregierung ihre mir in der Fragestunde vom 24. Juni 1981 gegebene Zusage, den parlamentarischen Gremien noch im Jahr 1981 einen Regierungsentwurf zur Neuordnung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes zuzuleiten, nicht eingehalten, und warum braucht die Bundesregierung vier Jahre, um endlich die Konsequenzen aus einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu ziehen und damit ihrer Ankündigung in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers zu entsprechen?
103. Abgeordneter
Herberholz
(SPD) Kann die Bundesregierung Angaben darüber machen, wie oft Bundes- und Landesbehörden der in § 72 des Weingesetzes ausgesprochenen Verpflichtung, sich gegenseitig über gerichtliche Entscheidungen grundsätzlicher Natur und über Regelungen allgemeiner Bedeutung zu informieren, nachgekommen sind?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

104. Abgeordnete
Frau
Benedix-Engler
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß der Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft empfohlen hat, die 15 teilige sowjetisch-amerikanische Fernsehserie „Der unvergessene Krieg“ an Schulen vorzuführen, und heißt das, daß er sie für geeignet hält, die Enkel der Kriegsgeneration ein so schwerwiegendes Stück Zeitgeschichte nacherleben zu lassen?
105. Abgeordnete
Frau
Benedix-Engler
(CDU/CSU) Billigt die Bundesregierung gegebenenfalls die Empfehlung des Staatssekretärs im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, und wenn ja, bedeutet dies, daß sie den Film, der erwiesenermaßen keinen Anspruch auf Objektivität erheben kann, für geeignet hält, der jungen Generation wieder ein ungebrochenes Verhältnis zur deutschen Geschichte zu vermitteln und die bedrohlichen Verständigungsschwierigkeiten zwischen den Generationen beheben zu helfen?
106. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung Presseberichte bekannt, wonach Strafgefangene in Nordrhein-Westfalen BAföG-Zahlungen erhalten, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung diesen Vorgang?
107. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung bei der Zahlung von BAföG-Geldern an Strafgefangene den Gleichheitsgrundsatz verletzt, wenn Gefangene bis zu 161 DM BAföG beziehen, was dem monatlichen Arbeitsentgelt eines acht Stunden täglich arbeitenden Gefangenen entspricht?
108. Abgeordneter
Reddemann
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, der mittlerweile auf 36 639 Studenten angewachsenen Fern-Universität Hagen finanzielle Unterstützung zur Erfüllung ihrer bundesweiten Aufgaben zu geben?

Bonn, den 8. Januar 1982

